

Proteste in Kenia: Regierung kriminalisiert dissidentierende Stimmen

In Kenia werden Protestierende mit Terrorvorwürfen konfrontiert, während Kritiker der Regierung vorwerfen, die Meinungsfreiheit zu kriminalisieren. Der Aktivist Boniface Mwangi bleibt trotz Anklage optimistisch.



Nairobi, Kenia – Der prominente Menschenrechtsaktivist **Boniface Mwangi** wurde gegen Kautionsfreilassung, nachdem ihm der unrechtmäßige Besitz von Munition zur Last gelegt wurde. Kritiker werfen den Behörden vor, die Bemühungen zu verstärken, um die Andersartigkeit im ostafrikanischen Land zu unterdrücken.

Arrest und Vorwürfe

Die Direktion für Kriminalermittlungen (DCI) Kenias gab am Sonntag in den sozialen Medien bekannt, dass Mwangi über das

Wochenende „im Zusammenhang mit der Unterstützung terroristischer Aktivitäten“ während der Proteste am 25. Juni festgenommen wurde, was unter Aktivisten sofort für Empörung sorgte.

Als der 42-jährige preisgekrönte Fotograf am Montag vor Gericht erschien, wurden die Terrorvorwürfe auf zwei Anklagepunkte wegen „Besitzes von Munition ohne gültige Waffenbesitzkarte“ herabgestuft, da in seinem Büro angeblich Tränengasgranaten und Platzpatronen gefunden wurden.

Seine Festnahme fiel in eine Zeit, in der Aktivisten berichten, dass mehr als 100 Demonstranten im vergangenen Monat wegen terrorbezogener Delikte, Brandstiftung und Geldwäsche angeklagt wurden, nachdem Proteste aufgrund weit verbreiteter Unzufriedenheit mit der Regierung von Präsident William Ruto, insbesondere unter den Jugendlichen, ausgebrochen waren.

Der Kampf um Menschenrechte

„Ich bin als Verteidiger der Menschenrechte bekannt, nicht als Terrorist“, sagte Mwangi am Montagabend nach seiner Freilassung. „Ich bin fest entschlossen und habe keinerlei Angst. Das einzige, was mich stoppen könnte, ist eine Kugel in meinem Kopf, aber solange ich lebe, werde ich weiterhin für einen Regimewechsel kämpfen. Die Regierung, die wir haben, arbeitet nicht für das Volk.“

Mwangi, der die aufeinanderfolgenden kenianischen Regierungen scharf kritisiert und sich selbst als „Wächter des Volkes“ bezeichnet, berichtete, er sei am Samstag von Zivilpolizisten zu Hause verhaftet und in sein Büro in der Hauptstadt Nairobi gebracht worden. Er behauptete, die Polizisten hätten sein Büro durchsucht, Geräte beschlagnahmt und dabei zwei ungenutzte Tränengasgranaten und eine Platzpatrone gefunden.

In sozialen Medien **zeigte** eine Aufnahme, auf der Mwangi „Ruto

muss gehen!“ ruft, während er von seinem Büro abgeführt wird. Ein Richter wies die Vorwürfe zurück, und Mwangi wurde auf persönliche Kautions freigelassen. Ein Gerichtstermin wurde auf den 21. August festgelegt.

Bewaffnete Übergriffe und Proteste

Die Proteste in Kenia brachen im Juni nach mehreren mutmaßlichen Fällen von Polizeigewalt aus, darunter der Tod eines Lehrers in Polizeigewahrsam. Während der Proteste gab es in sozialen Medien Berichte, dass regierungsnahe Politiker Menschen angeheuert hätten, um friedliche Demonstranten zu attackieren und Eigentum zu beschädigen, um die Proteste zu diskreditieren.

Die Rechtsanwaltskammer Kenias, die die Rechtsberufe, die Regierung und die Öffentlichkeit berät und unterstützt, erklärte in einer scharfen Stellungnahme, dass die Proteste „von bewaffneten, angeheuerten Schlägern infiltriert worden seien“. „Wir verurteilen entschieden dieses böswillige, absichtliche Wiederaufleben radikalisierte Milizen, die von der politischen Klasse gesponsert werden“, hieß es weiter.

Gerade während der letzten Proteste sah CNN Gruppen von Männern mit Knüppeln, die Seite an Seite mit der Polizei marschierten und Zivilisten in Nairobi schlugen, während uniformierte Beamte zusahen. In anderen Teilen des Landes wurden Geschäfte in Brand gesetzt und eine Polizeistation angegriffen.

Politische Trends und Repression

Der kenianische Präsident Ruto warf einigen Politikern vor, die Jugend zu Unruhen anzustiften, und warnte vor Konsequenzen: „Die Polizei ist darauf trainiert, mit Kriminellen umzugehen, nicht im Elternschaftstraining. Wenn Sie Ihre Kinder der Polizei übergeben, was erwarten Sie dann?“

Das Recht auf Protest ist unter der kenianischen Verfassung geschützt, jedoch haben die Behörden die jüngsten Demonstrationen als chaotische Plünderungen bezeichnet. Kenianische Staatsanwälte klagten mehrere junge Menschen wegen Brandstiftung und Terrorismus an, während Richter hohe Kautionsbedingungen festlegten, obwohl viele ihre Unschuld behaupteten.

Menschenrechtsgruppen haben die Verwendung von Terrorismusvorwürfen verurteilt. „Wir sind zutiefst besorgt über den anhaltenden Missbrauch des Antiterrorgesetzes zur Kontrolle der öffentlichen Ordnung“, heißt es in einer Erklärung der Police Reforms Working Group, einem Zusammenschluss von Zivilgesellschaftsorganisationen, die die Polizei überwachen. „Diese Praxis untergräbt das Strafrechtssystem Kenias und gefährdet wichtige internationale Partnerschaften, die auf den Schutz der nationalen Sicherheit abzielen.“

Die kenianische Sektion der Internationalen Juristenkommission äußerte am Sonntag ihre Besorgnis über das wachsende Muster willkürlicher Festnahmen und erfundener Anklagen, die unschuldige Jugendliche ins Visier nehmen. „Was als gezielte Verfolgung junger Demonstranten begann, die Verantwortlichkeit forderten, hat sich zu einem umfassenden Angriff auf die Demokratie Kenias ausgeweitet“, erklärte die Menschenrechtsgruppe.

Schwere Polizeigewalt und ihre Folgen

Die Regierung bestreitet jegliches Fehlverhalten. Das Büro des Direktors der öffentlichen Anklageverteidigung verteidigte den Einsatz von Terrorismusvorwürfen und erklärte, die Proteste seien „gezielte und koordinierte Gewalttaten“ gewesen. Das Büro bleibt „verpflichtet, sein verfassungsmäßiges Mandat gemäß den Vorschriften, im öffentlichen Interesse und zur Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit umzusetzen“, fügte es am Montag hinzu.

Aktivisten wie Mwangi und Rechtsexperten sind der Meinung, dass die kenianische Regierung Andersartigkeit kriminalisiert, indem sie Anklagen wie Terrorismus, Brandstiftung und Geldwäsche einsetzt, um Angst unter den Demonstranten zu schüren. In den vergangenen zwölf Monaten hat CNN mehrmals gefilmt, wie Sicherheitskräfte gewaltsam Proteste aufgelöst und auf unbewaffnete Demonstranten geschossen haben.

In einem Protest zu Beginn des Monats wurden laut der kenianischen Nationalen Kommission für Menschenrechte mindestens 38 Menschen getötet und 130 verletzt. Präsident Ruto forderte zuvor die Polizeibeamten auf, „Plünderer und Brandstifter“ in die Beine zu schießen, wenn sie eine Bedrohung darstellten, anstatt sie zu töten.

Sein Innenminister Kipchumba Murkomen ging einen Schritt weiter und erließ eine Anweisung an die Beamten, auf Demonstranten zu schießen, die sich den Polizeistationen näherten. Obwohl der ehemalige Juraprofessor nach öffentlichem Aufschrei versuchte, die Bemerkungen abzuschwächen, hob er die Anweisung nicht auf.

Am Montag stellte Murkomen die kritischen Stimmen zu den Terrorvorwürfen in Frage und fragte: „Wenn Sie eine Polizeistation überfallen, sie niederbrennen und Waffen stehlen ... wenn Sie Gerichte anzünden und Geschäfte der Menschen zerstören, was ist das Verbrechen, wenn es nicht Terrorismus ist?“

Mwangi erklärte gegenüber CNN, dass Ruto und seine Regierung versuchen, die DCI zu nutzen, um Andersartigkeit zu kriminalisieren, was gemäß der Verfassung erlaubt ist – „aber sie werden scheitern“. Er fügte hinzu: „Sie wollen die Jugend davon abhalten, zu protestieren, weil es schwierig sein wird, Arbeit oder sogar ein Visum zu bekommen. Und wenn die Jugendlichen keine Angst haben, dann wollen sie die Eltern verunsichern.“

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)